

Öffnen die Wahlen in Frankreich den Weg zu mehr regionaler Selbstverantwortung?

Veröffentlicht am 09. Juli 2002

Publiziert in Standpunkt Basellandschaftliche Zeitung, „Kann sich Frankreich öffnen?“ am 22. Juli 2002

Die regionale Selbstverantwortung, wie sie in der Schweiz im Laufe ihrer Geschichte als Grundlage der direkten Demokratie herangewachsen ist, hat bei den Präsidentschafts- und Legislatur-Wahlen in Frankreich eine besondere Beachtung gefunden. Die Franzosen haben durch ihr Verhalten gezeigt, wie sehr sie vom Zerfall von Moral und Recht, der Korruption, Manipulation und Missachtung der Meinung des Volkes genug haben - wie sehr sie der wenigen, aber alles beherrschenden und profitgierigen Klüngel in Politik, Wirtschaft und Finanz überdrüssig sind, und wie sehr sie wieder auf allen Stufen und vor allem auch in allen Regionen des Landes zum Wort kommen und gehört sein wollen!

Bereits de Gaulle war kurz vor seinem Abgang zum Schluss gekommen, das von ihm selber geschaffene „absolutistische“ Präsidialregime der Fünfte Republik sei angesichts des Zerfalls von Moral und Recht für die Demokratie in Frankreich gefährlich und müsse durch eine breite Dezentralisierung aller staatlichen Macht ersetzt werden. Als grosser Visionär hatte er vorausgesehen, was nach ihm weniger gewissenhafte Amtsträger, wie Mitterand und Chirac, den demokratischen Grundlagen des Landes angetan haben. In der Folge hatten sich fast alle Regierungen, ob links oder rechts, wiederholt und jeweils sogar im offenen Kontrast zu ihren Präsidenten, für eine Dezentralisierung, eine Stärkung der regionalen Autonomie eingesetzt. Gewissermassen als Gegengewicht zur Omnipotenz des Staatsoberhauptes. Die wiederholten Kohabitationen zwischen Sozialisten und Bürgerlichen, welche schlussendlich jede normale Regierungstätigkeit lähmten, haben diese Bemühungen derart hinausgezögert, dass das Volk, vielleicht auch aufgeschreckt durch den Sieg Le Pens, auf die Strasse gegangen ist und dort seinen Überdruß durch den äusserst schwachen Stimmenanteil Chiracs im ersten Wahlgang manifestiert hat. Nur so ist es dann dazu gekommen, dass Chirac im zweiten Wahlgang von den Sozialisten zusammen mit den Bürgerlichen mit 82% der Stimmen, allerdings wieder mit einer massiven Stimmenthaltung, gewählt wurde.

Für die nachfolgenden Legislaturwahlen war dies eine denkbar schlechte Ausgangsbasis. In dieser Situation griff eine Person ein, die massgeblich für die Wiederwahl Chiracs tätig geworden war - seine Frau Bernadette Chirac, die aus ihrer seit Jahren praktizierten regionalen und direkten Verbundenheit mit der Basis des französischen Stimmvolks, der persönlichen Sorge um die einfachen Menschen und deren Alltagsproblemen, politisch an Gewicht gewonnen und von der Notwendigkeit einer Dezentralisation der Staatsgewalt zur Erhaltung der Demokratie in Frankreich ganz im Sinne de Gaulles überzeugt war. Nicht von

ungefähr ernannte Chirac als wiedergewählter Staatspräsident zum provisorischen Regierungschef einen mit dem Volk und einer Region eng verbundenen, aus dem direkten Arbeitsfeld von Bernadette Chirac stammenden Mann, wie Jean-Pierre Raffarin, dem es mit seiner einfachen, aber bestimmten, dem Durchschnittsfranzosen nahestehenden Art gelang, die Wahlen in das Repräsentantenhaus mit einem Programm von mehr Volksnähe, weniger Zentralismus und Bürokratie, sowie Stärkung der regionalen Autonomie zu gewinnen. Deutlich tritt bei ihm, wenn auch noch seinem Präsidenten und dessen Klike gegenüber recht vorsichtig, die Tendenz nach einer Auflockerung des absolutistischen Präsidialregimes zu Gunsten von mehr direkter Demokratie zu Tage. Der Präsident der dritten neu in Erscheinung tretenden politischen Gruppierung der Bürgerlichen unter dem als dritter Präsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang bezeichneten François Bayrou, hat sich ebenfalls für mehr direkte Beteiligung des Stimmvolks und zu diesem Zwecke für mehr politischen Pluralismus, allenfalls durch eine bessere parlamentarisch Vertretung auch der kleineren Bevölkerungsgruppen durch die Einführung des Proportional-Wahlsystems, eingesetzt.

Bernadette Chirac, Jean-Pierre Raffarin und François Bayrou werden zweifellos in den kommenden Jahren versuchen, den wieder gewählten Chirac zur Verwirklichung der Dezentralisierungsziele de Gaulles zu bringen. Einmal mehr würde dann das französische Volk durch sein Verhalten bei den letzten Wahlen gezeigt haben, dass die in den letzten Jahren überall, leider auch in der Schweiz, nicht sehr hoch bewertete regionale Selbstverantwortung als Grundlage jeder wirklich funktionierenden Demokratie wieder viel mehr Beachtung verdient. Was sind wir Schweizer doch für komische Menschen: Wir lassen uns von den bei uns herrschenden Klüngel (angeblich um uns beitriffsfähiger für die Europäischen Union zu machen) Dinge nehmen, die sich andere Völker sehnlichste wünschen und bereit sind dafür zu kämpfen - Dinge, wie die regional verankerte direkte Demokratie, die wir seit Jahrhunderten haben aber der wir uns offenbar genau so zu schämen „haben“, wie den bei der Expo 02 Eröffnung fehlenden Schweizerfahnen.